



Beim Erörterungstermin in der nächsten Woche dürften sich einige Nebel rund um den Giesener Kaliberg schon lichten. Foto: Gossmann

Große Kali-Debatte: Wer will was?

Ab Montag treffen in Hildesheim der Konzern Kali + Salz sowie Bürger, Behörden und Verbände aufeinander. Eine Woche lang debattieren sie beim „Erörterungstermin“ über die geplante Wiederaufnahme des Bergwerk-Betriebs bei Giesen. Welche Interessen haben die Beteiligten?

VON TAREK ABU AJAMIEH

Das Land

Eine gemeinsame Position der Landesregierung gibt es nicht. Das Wirtschaftsministerium, dem auch das LBEG unterstellt ist, legt vor allem Wert auf den Erhalt von rund 400 hoch qualifizierten Arbeitsplätzen in Niedersachsen, die bei Schließung des Werks Wunstorf ohne Wiederinbetriebnahme von Giesen verloren gehen würden. Zudem verspricht man sich wichtige wirtschaftliche Impulse durch die Investitionen in dreistelliger Millionenhöhe, die K + S für den Fall der Fälle angekündigt hat. Das Umweltministerium hingegen fordert vor allem konsequenten Gewässerschutz und steht einem zweiten Kaliberg äußerst skeptisch gegenüber – diesen solle man nach Möglichkeit vermeiden, fordert Umweltminister Stefan Wenzel (Grüne), zugleich stellvertretender Ministerpräsident.

Die Anlieger

Ob eine Mehrheit der Menschen in der Gemeinde Giesen für oder gegen den Abbau ist, ist unklar, darüber gibt es keine Erhebung. Nicht unwahrscheinlich ist allerdings, dass die Bürgerinitiative (BI) Giesen-Schacht eine Mehrheits-Meinung vertritt. Die Gruppe hat für ihre Positionen mehr als 1500 Unterschriften sammeln können, mehr als 600 allein im nach den bisherigen Plänen am stärksten betroffenen Ort Ahrbergen. Sie ist nicht gegen den Kalibau, sondern vertritt eine Ja-Aber-Position: Bergwerk und Fabrik dürften keine allzu große Belastung für die Menschen werden. Kernargument: Bis zur Schließung des Bergwerks 1987 sei Giesen tatsächlich eine Bergbau-Gemeinde gewesen, danach habe sie sich aber bewusst zu einer Wohngemeinde gewandelt, viele neue Baugelände aus-

gewiesen und junge Familien angelockt. Darauf gelte es Rücksicht zu nehmen. Einen zweiten Kaliberg lehnt die BI ebenso ab wie die Bahn am Ahrberger Ortsrand und eine Entlüftung am Ahrberger Schacht Fürstenhall, weil dieser die Luft im Ort verschmutze. Zudem wollen sie keine stärkere Versalzung der Innerste – die sich laut K + S in den ersten Betriebsjahren nicht vermeiden lässt. Dies sind die Kernforderungen der Bürgerinitiative – und sie stehen vielen Wünschen von Kali + Salz frontal gegenüber. Die Debatten darüber dürften die heißesten und auch die wichtigsten beim Erörterungstermin werden. Sorgen bereiten vielen Menschen zudem mögliche Bodenabsenkungen durch die Bergwerks-Arbeit.

Landkreis und Kommunen

Der Landkreis würde eine Wiederaufnahme des Kalibaus begrüßen. Im Raumordnungsverfahren, das dem jetzt laufenden Genehmigungs-Verfahren vorgeschaltet war, lieferte die Kreisverwaltung dem Konzern nach eigener Einschätzung eine „Steilvorlage“. Auch die Gemeinde Giesen würde die Wiederaufnahme schon aus ökonomischen Gründen sehr begrüßen – mindestens 400 zusätzliche Arbeitsplätze

und zusätzliche Beschäftigung für Zulieferer und Handwerker locken. Allerdings legt die Kommune auch Wert darauf, die Belastung der Anlieger so gering wie möglich zu halten. Streit gibt es zudem um die Frage, welchen Standard die von der Gemeinde geplante Entlastungsstraße bekommt, die K + S bezahlen soll. Ähnlich sieht es bei den Nachbarn aus. Profitieren will jeder gern, Belastungen sollen aber gering bleiben. In Harsum zum Beispiel hätte man wenig gegen eine Reaktivierung des örtlichen Kanalhafens – jede Menge Güterzüge, die durch Harsum zum Hildesheimer Hafen rollen, wünscht man sich dagegen nicht. In Sarstedt, wo der Personalschacht geplant ist, fürchten Anlieger zusätzlichen Verkehr, dort soll eine neue Straße direkt zum Schacht Abhilfe schaffen.

tungen sollen aber gering bleiben. In Harsum zum Beispiel hätte man wenig gegen eine Reaktivierung des örtlichen Kanalhafens – jede Menge Güterzüge, die durch Harsum zum Hildesheimer Hafen rollen, wünscht man sich dagegen nicht. In Sarstedt, wo der Personalschacht geplant ist, fürchten Anlieger zusätzlichen Verkehr, dort soll eine neue Straße direkt zum Schacht Abhilfe schaffen.

Der Konzern

Der Düngemittel-Konzern Kali + Salz hat bereits einen zweistelligen Millionenbetrag für Vorarbeiten, Untersuchungen und Gutachten rund um den Schacht Giesen ausgegeben. Das Unternehmen würde Förderung und Produktion bei Giesen gern wieder aufnehmen – aber nicht um jeden Preis. Im Visier hat der Dax-Konzern vor allem das sogenannte Magnesium-Sulfat, das Hunderte von Metern unter den Feldern zwischen Giesen, Sarstedt und Nordstemmen lagert. Daraus will K + S Spezialdünger herstellen. Die Förderung in Giesen könnte weitgehend nahtlos den Bergwerks-Betrieb in Wunstorf-Sigmundshall ablösen – dort soll 2020 oder 2021 Schicht sein. Die dortige Belegschaft könnte mitsamt ihrem Knowhow einfach nach Giesen umziehen. Die endgültige Entscheidung über Giesen will K + S allerdings erst fällen, wenn die Rahmenbedingungen feststehen – und über die entscheidet das Landesamt für Bergbau, Energie und Geowissenschaften (LBEG) im Rahmen des derzeit laufenden Genehmigungsverfahrens, K + S will zum Beispiel einen zweiten Kaliberg bei Giesen errichten und argumentiert, jede andere Form der Entsorgung von Abbau-Rückständen sei weit teurer und daher wirtschaftlich nicht drin. Zudem will der Konzern die bestehenden Bahngleise von Schacht Siegfried zum Stichkanal wiederbeleben und das Bergwerk über den Schacht bei Ahrbergen entlüften, weil er so am wenigsten umbauen müsste. Ein Unsicherheitsfaktor mit Blick auf

die Konzernstrategie ist die Lage auf dem Weltmarkt. Erst im Sommer hatte K + S einen Übernahmeveruch durch den kanadischen Rivalen Potash abgewehrt. Wären die Kanadier zum Zug gekommen, hätte dies nach Ansicht von Analysten das Interesse am Standort Giesen verringert. Kurz vor dem Erörterungstermin berichteten mehrere Wirtschaftsmedien, dass Potash einen weiteren Anlauf nehmen wolle, K + S zu kaufen. K + S hat Potash unter anderem mit dem Argument abblitzen lassen, man sei selbst stark genug – eine massive Investition wie in Giesen könnte ein Signal an Markt und Börsen sein, wozu der Konzern aus eigener Kraft im Stande ist. Zugleich hat das Unternehmen aktuell Probleme an seinen Produktionsstandorten in Hessen und Thüringen. Vom 1. Dezember an darf K + S dort kein Salzwasser mehr im Boden versenken. Die vom Unternehmen erhoffte Verlängerung der Erlaubnis hat das Regierungspräsidium in Kassel bislang verweigert. 1750 Mitarbeiter in den Werken Hatdorf und Unterbreizbach sollen nun zunächst Resturlaub und Überstunden abbauen, wie es langfristig dort weitergeht, ist noch unklar. Müsste der Konzern dauerhaft die Produktion im Werra-Revier drosseln, könnte dies das Interesse am Betrieb in Giesen erhöhen. Andererseits hat K + S wiederholt betont, dass die Entscheidung über Giesen eine Entscheidung für Jahrzehnte sei – und nicht an tagesaktuellen Entwicklungen in Sachen Weltmarktpreis, Börsenkurs und Ähnlichem hänge.

Die Umweltschützer

Umweltschutzverbände nehmen vor allem den geplanten zweiten Kaliberg ins Visier. Sie fordern, die Abbaurückstände wieder unter Tage zu bringen und präsentieren Analysen, wonach das auch möglich sei. K + S wider-

spricht vehement, das sei räumlich schlicht nicht möglich. Auch die Frage der Salzwasser-Entsorgung treibt Verbände wie den BUND um, sie wollen sie beim Erörterungstermin zur Sprache bringen.